

## Neues Wahlrecht in der Warteschleife

**Große Koalition entscheidet: Ursprüngliche Fristen sollen gelten / Gesetz kann daher beim nächsten Urnengang nicht angewendet werden**

Von unserem Redakteur  
Michael Brandt

**BREMEN.** Wenn die Bremerinnen und Bremer am 13. Mai 2007 ein neues Parlament wählen, dann wird dies nach dem alten, seit Jahrzehnten geltenden Wahlrecht geschehen. Gestern scheiterten Grüne und FDP in der Bürgerschaft mit dem Versuch, das erst tags zuvor beschlossene neue Wahlrecht bereits beim nächsten Urnengang anzuwenden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalition abgelehnt.

Wie berichtet, geht es darum, dass die Bremerinnen und Bremer künftig fünf Stimmen frei auf Parteien und Kandidaten verteilen können - im Fachjargon heißt dies "kumulieren und panaschieren". Das Verfahren ist Kern des Volksbegehrens "Mehr Demokratie", für das in diesem Jahr mehr als 65000 Bürger unterschrieben haben. Der Gesetzestext, den "Mehr Demokratie" eingebracht hat, enthält indes auch den Passus, dass das Gesetz erst 15 Monate nach Inkrafttreten angewendet werden darf. Dies wäre deutlich nach der nächsten Wahl.

Matthias Güldner, innenpolitischer Sprecher der Grünen, gab sich gestern überzeugt, dass es auch eher geht: "Der Weg ist gangbar und geprüft." Es wäre seiner Ansicht nach zwar ein Kraftakt notwendig geworden, aber mit einem Alle-Mann-Manöver hätten sich Möglichkeiten finden lassen. Auch der FDP-Abgeordnete Willy Wedler plädierte für eine zügige Umsetzung. Sein Urteil: "Es mangelt der Großen Koalition an gutem Willen." Andere Töne schlug wie bereits in der Debatte am Vortag Hermann Kleen, Innenpolitiker der SPD, an. Die Änderung des Gesetzestextes nur einen Tag nach der Beschlussfassung kritisierte er als "bedenklich" und als "Parteimanöver." Er wies aus seiner Sicht auf mehrere Probleme hin, unter anderem die aufwändige Vorbereitung der Wahl für blinde und sehbehinderte Menschen, die künftig wahrscheinlich keine Schablone mehr zu Hilfe nehmen könnten.

Auch Sibylle Winther, rechtspolitische Sprecherin der CDU, griff die Vorredner mit harschen Worten an. Bei dem Antrag handele es sich um einen Taschenspieler-Trick und um "blanken Populismus". Winther: "Wir wollen kein Gesetz, das am Ende anfechtbar ist." Eine ganze Reihe von Gründen, warum seiner Ansicht nach das neue Wahlrecht noch nicht im nächsten Mai angewendet werden könne, lieferte Innensenator Thomas Röwekamp (CDU), der sich dabei auch auf Aussagen von Landeswahlleiter Jürgen Dinse berief. So müsse zum Beispiel jetzt das Wahlrecht für EU-Bürger angepasst werden. Die Bürger müssten mit einer Informationskampagne auf den neuen Modus vorbereitet werden. Außerdem läuft laut Röwekamp bereits die Vorbereitung der Wahl, Fristen müssten eingehalten werden.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 11 Datum: 15.12.2006